



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 11.06.2018**

Sitzungsnummer: v.-Ver/043/2018

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	

Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Markus Matejka	
Frau Heidrun Ott	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

Mitglied des Ausländerbeirates

Frau Evelina Tolpina	
----------------------	--

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	

Mitglieder des Magistrats

Herr Stefan Happel	
--------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Georg Hofmann	

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:52 Uhr

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 09.06.2018 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Bericht zum Kunstrasenplatz:

Stv Gassmann trägt seinen Antrag vor und begründet ihn. Er beantragt, ihn nachträglich auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Stv. Schneider sieht keine Eilbedürftigkeit, sodass eine Beratung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung genügt.

Stv. Gassmann verteidigt seinen Antrag und beantragt nochmals, ihn auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Bgm Hepe verweist auf das Förderprogramm. Ein Sachstand erfolgt, wenn weitere Erkenntnisse vorliegen.

Beschluss:

Der Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Bericht zum Kunstrasenplatz wird auf die heutige Tagesordnung nachträglich aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 16, Nein: 18, Enthaltungen: ---

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 32, Nein: ---, Enthaltungen: 2

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel	
1.	Beschaffung einer Notstromanlage für das Zentralklärwerk; hier: Zustimmung einer außerplanmäßigen Auszahlung nach § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung des Haushalts 2018 und nach Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinien der Kreisstadt Eschwege in Höhe von 89.000 € Vorlage: 2018/0153/SVV	6
2.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Baubetriebshof Kreisstadt Eschwege für das Jahr 2018 Vorlage: 2018/0145/SVV	6
3.	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Aussetzen der Umstellung der Straßenausbaubeiträge Vorlage: 2018/0138/SVV	7
4.	Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Aussetzen der Planungen zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen Vorlage: 2018/0142/SVV	7
5.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Aufstellung eines B-Planes für die Flächen westlich des Alten Bahnhofes bzw. westlich des Schützengrabens Vorlage: 2018/0143/SVV	9
6.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Umbau der alten Eisenbahnbrücke westlich der B 249 Vorlage: 2018/0144/SVV	10
7.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Förderung der Kunst- und Kulturszene in Eschwege Vorlage: 2018/0139/SVV	11
8.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2018/0140/SVV	13
9.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Terminierung der Gremiensitzungen Vorlage: 2018/0141/SVV	15
10.	Magistratsbericht	15
11.	Anregungen.....	17

- 1. Beschaffung einer Notstromanlage für das Zentralklärwerk;
hier: Zustimmung einer außerplanmäßigen Auszahlung nach § 100 HGO in
Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung des Haushalts 2018 und nach Ziffer
3.13 der Budgetierungsrichtlinien der Kreisstadt Eschwege in Höhe von 89.000 €
Vorlage: 2018/0153/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2, Fachbereich 1.2

Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Beschluss:

Einer außerplanmäßigen Auszahlung nach § 100 HGO in Verbindung mit § 7 der Haushaltssatzung des Haushalts 2018 und nach Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinien der Kreisstadt Eschwege für die Beschaffung und Installation eines Notstromaggregats im ZKW in Höhe von 89.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

- 2. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Baubetriebshof Kreisstadt Eschwege für das Jahr
2018
Vorlage: 2018/0145/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Eigenbetrieb Baubetriebshof

Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Laut Stv. Gassmann besteht Klärungsbedarf bezüglich eventueller Straßenschäden. Er beantragt daher, den Vorgang in den Finanzausschuss zu überweisen.

Stv. Schneider widerspricht und gibt hierzu Erläuterungen.

Änderungsantrag der Linken-Stv.-Fraktion:

Der Vorgang wird zu weiteren Beratungen in den Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 13, Nein: 19, Enthaltungen: 2

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 5 Nr. 4 EigBGes den Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33, Nein: 1, Enthaltungen: ---

Vor Behandlung der TOPs 3 und 4 beantwortet Bgm. Heppe eine Anfrage der Linken-Stv-Fraktion betr. Stand der Kosten der Umstellung auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge

3. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Aussetzen der Umstellung der Straßenausbaubeiträge

Vorlage: 2018/0138/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2, Fachbereich 3.2, Fachbereich 1.1

4. Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Aussetzen der Planungen zu wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen
--

Vorlage: 2018/0142/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2, Fachbereich 3.2, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Schneider trägt sodann den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion zu TOP 3 vor, begründet ihn und bittet, diesem zuzustimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die geplante Umstellung der Straßenausbaubeiträge von einmalig auf wiederkehrend auszusetzen.
2. Im Finanzausschuss soll dargelegt werden, wie sich die Gesetzesänderungen auf die Kreisstadt auswirken und welche politischen Handlungsspielräume daraus erwachsen.

Begründung:

Die Regierungsfraktionen im Hessischen Landtag haben angekündigt, im Mai die entsprechenden Gesetze ändern zu wollen und aus der Pflicht- eine Kann-Regelung zu machen. Wir wollen die genaue Beschlusslage abwarten und dann beraten, welche Konsequenzen sich für das weitere Handeln in Eschwege ergeben

Herr Stv. Gassmann trägt den Antrag der Linken-Stv.-Fraktion zu TOP 4 vor, begründet ihn und bittet, diesem zuzustimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 5.10.2017 zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge wird vorläufig ausgesetzt.
2. Es ist zu verhindern, dass in diesem Zusammenhang neue Aufwendungen verursacht werden.

Begründung:

Durch den Hessischen Landtag ist eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes vorgesehen, durch die auch die Erhebung der Straßenausbaubeiträge durch die Kommunen grundlegend neu geregelt werden soll. Die konkreten Auswirkungen auf die Stadt Eschwege sind abzuwarten, bevor weitere Kosten entstehen.

Stv. John kündigt einen Antrag zur Abschaffung der Straßenbeiträge an und will auch, dass das Land Hessen eine generelle Abschaffung von Straßenbeiträgen beschließt. Er begrüßt die Anträge zu TOP 3 und 4.

In einer kurzen Diskussion wurde vereinbart, dass der gemeinsame Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion als Satz 3 den 2. Satz von dem Antrag der Linken-Stv.-Fraktion enthält. Es ergeht somit folgender

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die geplante Umstellung der Straßenausbaubeiträge von einmalig auf wiederkehrend auszusetzen.
2. Im Finanzausschuss soll dargelegt werden, wie sich die Gesetzesänderungen auf die Kreisstadt auswirken und welche politischen Handlungsspielräume daraus erwachsen.
3. Es ist zu verhindern, dass in diesem Zusammenhang neue Aufwendungen verursacht werden.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 35, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Der Antrag Linken-Stv.-Fraktion zu TOP 4 wird zurückgezogen.

5. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Aufstellung eines B-Planes für die Flächen westlich des Alten Bahnhofes bzw. westlich des Schützengrabens
Vorlage: 2018/0143/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Feiertag trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, antragsgemäß zu beschließen.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, zeitnah einen Bebauungsplan für die westlich des Alten Bahnhofes bzw. westlich des Schützengrabens gelegen Flächen – Gemarkung Eschwege, Flur 2 – erarbeiten zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen.

Begründung und Erläuterung:

Die im Zuge der kürzlich vor dem hinter eines Grundstückverkaufes für das geplante Ärztezentrum geführten Diskussionen haben erneut gezeigt, welches enorme städtebauliche Entwicklungspotential die benannten Flächen westlich des Schützengrabens aufweisen. Um die Ziele dieses Stadtgebietes zu definieren und weitere Entwicklungen dieses Gebietes gezielt entsprechend der Ziele zu steuern, bitten wir den Magistrat um Aufstellung eines B-Plans.

Stv. Schneider trägt einen gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor.

Daraufhin begründet Stv. Montag noch einmal den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion, der die Verwaltung verpflichten soll zu handeln.

Stv. Gassmann gibt Gründe an, warum er den Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion ablehnen will.

Stv. Dietrich will die Innenstadt besser stärken und befürchtet die Entwicklung eines Subzentrums.

Stv. Fiege verteidigt nochmals den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion.

Stv. Heinz erläutert, warum der Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion kein Änderungsantrag sei. Der Stv. Gassmann gibt ebenfalls seine Meinung zum Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion kund.

Beschluss:

Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, wie schon seitens des Magistrates in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2018 durch den Bürgermeister angekündigt, zeitnah einen Bebauungsplan für die westlich des Alten Bahnhofs bzw. westlich des Schützengrabens gelegenen Flächen – Gemarkung Eschwege, Flur 2 – erarbeiten zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 17, Nein: 15, Enthaltungen: 2

Stv. Heinz und Stv. Montag beantragen, dass abschließend über den Ursprungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion inkl. dem Änderungsbeschluss abgestimmt wird.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, *wie schon seitens des Magistrates in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2018 durch den Bürgermeister angekündigt*, zeitnah einen Bebauungsplan für die westlich des Alten Bahnhofs bzw. westlich des Schützengrabens gelegenen Flächen – Gemarkung Eschwege, Flur 2 – erarbeiten zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 31, Nein: 1, Enthaltungen: 2

6. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Umbau der alten Eisenbahnbrücke westlich der B 249

Vorlage: 2018/0144/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Feiertag trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, ein Konzept für die Umnutzung der westlich der B 249 gelegenen alten Eisenbahnbrücke als Fußgängerbrücke erarbeiten zu lassen.

Begründung und Erläuterung:

Es ist zu beobachten, dass ausgesprochen viele Bewohner unserer Stadt – vorwiegend aus den westlichen Stadtgebieten – als Fußgänger oder Radfahrer die stark befahrene Brücke der B 249 als Werraüberquerung nutzen, um von dort aus in die nördlich gelegene Werraau oder weiter zum Werratalsee zu gelangen.

Auf Grund der an dieser Stelle durch die motorisierten Verkehrsteilnehmer stadtauswärts wie auch stadteinwärts gefahren hohen Geschwindigkeiten – es handelt sich um eine Bundesstraße im außerörtlichen Bereich - kommt es in diesem Abschnitt des Öfteren zu nicht ungefährlichen Situationen.

Parallel zur benannten Autobrücke der B 249 überspannt die historische Eisenbahnbrücke die Werra. Dieses Eisenbahnbrückenbauwerk des vergangenen Jahrhunderts ist nach unserer Auffassung geeignet – nach Sanierung und Umbau – Fußgänger- und Radverkehre Richtung Werratalsee wie auch Richtung Meinhard aufzunehmen. Auch der in Fortführung der Eisenbahnbrücke noch bestehende Bahndamm könnte – nach Umbau der Brücke – als neue Fuß- und Radverbindung zwischen Eschwege und Grebendorf neu in Wert gesetzt werden.

Betrachten wir die derzeitigen Entwicklungen, wie auch die weiteren Entwicklungsziele und -potentiale in den westlichen Stadtgebieten um den Bahnhof und entlang der Niederhoner Straße wird der hohe Stellenwert dieser fehlenden Fuß- und Radwegeverbindung noch deutlicher.

Darüber hinaus handelt es sich bei der historischen Eisenbahnbrücke nach unserer Auffassung um ein Kulturdenkmal, welches es unbedingt zu erhalten gilt, welches neu in Szene zu setzen ist und welches einer neuen Nutzung zuzuführen ist.

Wir möchten den Magistrat darum bitten, die Hintergründe, wie z.B. die Besitzverhältnisse der Brücke, Kosten für Erwerb und Umbau etc. sowie auch Finanzierungsmöglichkeiten erarbeiten zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung Zeitnah ein entsprechendes Konzept sowie Planungen vorzulegen. Dabei ist auch Kontakt zu Hessenmobil aufzunehmen, um entsprechenden Einfluss auf die – wie der Presse zu entnehmen war – geplante Sanierung der Bundesstraßenbrücke zu nehmen.

Stv. Hölzel bemängelt den Antrag und gibt hierzu Gründe an, dass sich die Stadt u. a. wegen immenser Rückbaukosten gegen den Erwerb der Brücke entschieden hat.

Stv. Grauer widerspricht Stv. Hölzel und bemerkt, dass der Antrag lediglich ein Prüfauftrag sei und beantragt noch eine Ergänzung zu dem Antrag der SPD-Stv.-Fraktion, weiterhin zu prüfen, welches alternative Mobilitätsmittel in Frage käme.

Stv. Reyer verteidigt nochmals den Antrag der SPD. Die Brücke diene als Immissionsschutz für das angrenzende Wohngebiet und Entschärfung der Verkehrssituation. Neben diesen Aspekten stellt die Brücke auch ein zu erhaltenes kulturhistorisches Denkmal dar.

Beschluss (mit Antrag der Grünen-Stv-Fraktion – Fett gedruckt):

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, ein Konzept für die Umnutzung der westlich der B 249 gelegenen alten Eisenbahnbrücke als Fußgängerbrücke **oder andere bauwerksbezogene Mobilitätsmittel** erarbeiten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 17, Nein: 18, Enthaltungen: ---

<p>7. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Förderung der Kunst- und Kulturszene in Eschwege Vorlage: 2018/0139/SVV</p>

<p>Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1, Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.1</p>
--

Herr Stv. Dietrich trägt den Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet um Zustimmung.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, zu prüfen,

1. ob ein Treffpunkt und Ausstellungsort, wie das "Seelenhaus" in der Wallgasse, in einem gleichartigen Gebäude in der Innenstadt oder Brückenhäusern, langfristig errichtet werden kann.
2. inwiefern die Zusammenarbeit mit regional ansässigen Künstler*innen leerstehende Schaufensterflächen aufwerten kann.

3. inwiefern leerstehende Gebäude dauerhaft für wechselnde Kunstprojekte bereitgestellt werden können.

Begründung:

Das Kunstprojekt "Seelenhaus" war in den letzten Wochen in aller Munde der Dietefrauen und Dietemänner. Der Erfolg des Projektes hat gezeigt, dass die regionale Kunst- und Kulturszene großes Potenzial hat und niederschwellige Kunstprojekte, wie auch alternative Veranstaltungsformen, großen Anklang in der breiten Bevölkerung finden.

Eschweyer*innen stehen Kunstprojekten freudig gegenüber und wünschen sich verstärkt Projekte dieser Art in der Innenstadt.

Da der Abriss des „Seelenhauses“ feststeht, aber der Bedarf an einem solchem Ort bleibt, sollte eine bleibende Lokation geschaffen werden. Die Anzahl von großen, prachtvollen alten Häusern, die nicht bewohnt sind, ist hoch und gerade im Angesicht der Aufwertung von Brückenhausen ist ein Innenstadtnaher Treffpunkt für die Kunst und Kulturszene naheliegend. Auch die Aufwertung von leerstehenden Schaufensterflächen kann durch Zusammenarbeit mit Künstlern erreicht werden. Daher soll der Magistrat diese Optionen überprüfen und weiterhin mögliche Optionen entwickeln.

Anschließend gibt Stv. Schneider einen gemeinsamen Änderungsantrag seitens der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion bekannt.

Stv. Grauer erläutert, dass der Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion einen Anstoß für eine Zusammenarbeit in der Kunst- und Kulturszene darstellen soll.

Stv. Grüning hält den Inhalt des Antrages für verfrüht, Teile davon werden auch bereits umgesetzt.

Stv. Schneider gibt einen Änderungsantrag bekannt, der wie folgt lautet:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Projekt „Seelenhaus“ und dankt den Initiatoren und Ausführenden für die gelungene Bereicherung der Stadt.
2. Der Magistrat wird gebeten, im Haupt- und Kulturausschuss über das Projekt zu berichten. Dazu sind die Initiatoren und Verantwortlichen einzuladen.

Stv. Feiertag begrüßt die Unterstützung, die die Kulturszene erfährt.

Nach kurzer Diskussion erfolgt folgender Beschluss über den gemeinsamen Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion und der Grünen-Stv.-Fraktion:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Projekt „Seelenhaus“ und dankt den Initiatoren und Ausführenden für die gelungene Bereicherung der Stadt.
2. Der Magistrat wird gebeten, im Haupt- und Kulturausschuss über das Projekt zu berichten. Dazu sind die Initiatoren und Verantwortlichen einzuladen und sodann beauftragt, zu prüfen,
3. ob ein Treffpunkt und Ausstellungsort, wie das "Seelenhaus" in der Wallgasse, in einem gleichartigen Gebäude in der Innenstadt oder Brückenhausen, langfristig errichtet werden kann,
4. inwiefern die Zusammenarbeit mit regional ansässigen Künstler*innen leerstehende Schaufensterflächen aufwerten kann,
5. inwiefern leerstehende Gebäude dauerhaft für wechselnde Kunstprojekte bereitgestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 32, Nein: ---, Enthaltungen: ---

8. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege
Vorlage: 2018/0140/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Frau Stv. Grauer trägt den Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion vor, erläutert diesen und bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege, wird wie folgt geändert:

neu:

- (1) Über den Inhalt der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen ist ein Wortprotokoll zu fertigen.
Die Abstimmungsergebnisse sowie Ergebnisse von Wahlen sind festzuhalten. Jede Stadtverordnete und jeder Stadtverordnete kann verlangen, dass ihre bzw. seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Protokolle von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung dem/der Vorsitzenden zur Unterschrift vorzulegen.

bisher:

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie soll sich auf die Angabe der Anwesenden, der verhandelten Gegenstände, der gefassten Beschlüsse und der vollzogenen Wahlen beschränken. Die Abstimmungsergebnisse sowie Verlauf und Ergebnisse von Wahlen sind festzuhalten. Jede Stadtverordnete und jeder Stadtverordnete kann vor Beginn der Stimmabgabe verlangen, dass ihre bzw. seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Protokolle von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung dem/der Vorsitzenden zur Unterschrift vorzulegen.
2. Der Antrag wird zur Beratung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen. Die abschließende Abstimmung erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung.

Begründung:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 15.07.2016 wurde die Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege nach einer ausgiebigen und kontroversen Diskussion beschlossen. Die kontroverse Diskussion betraf im Wesentlichen den Absatz 1 des Paragraphen 29. Die Änderung dieser Stelle wirkt bis heute nach. Nicht nur darin, dass nur noch eine Niederschrift statt eines Wortprotokolls angefertigt wird, sondern dass es bereits zu Unstimmigkeiten von Wortlaut des Redners zum in der Niederschrift aufgeführten "wesentlichen Inhalt" kam. Da wir uns vorstellen können, mit einer Rückkehr zum Wortprotokoll zur Besserung des "Arbeitsklimas" und zur Arbeitserleichterung des Schriftführers beizutragen, halten wir die nahende Halbzeit der Legislaturperiode für einen guten Zeitpunkt, die Änderung der Geschäftsordnung auf den Prüfstand zu stellen.

Danach bemängelt Stv. Grauer noch Veränderungen der Protokolle, wenn diese im Internet auf www.eschwege.de eingestellt werden. Grundsätzlich seien die Wortbeiträge und Argumente nicht nachvollziehbar

Stv. Hölzel verteidigt die Abschaffung des Wortprotokolls und sieht für die Wiedereinführung keinen Bedarf, da sie den Anforderungen nach § 61 (1) HGO entsprechen.

Stv. Montag bemängelt in dieser Angelegenheit die Vorgehensweise, die Führung eines Wortprotokolls sei kein Mehraufwand.

Laut Stv. Dietrich ist ein Protokoll ein Zeitdokument und deshalb sollte eine wörtliche Wiedergabe der Beiträge erfolgen.

Stv. Heinz bemängelt das Verhalten der Mehrheitskoalition und damit einen Verlust des Demokratieverständnisses.

Anschließend verteidigt Stv. Schneider seine ablehnende Haltung, während Stv. Grauer weitere Begründungen für ihren Antrag nennt.

Stv. Heinz erklärt, dass persönliche Äußerungen und Beiträge (auch Beleidigungen) bisher im Wortprotokoll nachvollziehbarer waren.

Auch Stv. Fiege befürwortet die Wiedereinführung eines Wortprotokolls, auch im Sinne der Koalition.

Stv. Gassmann gibt an Beispielen bekannt, warum ein Wortprotokoll präziser sei, wie z. B. die Protokolle des Kreistages. Hier werden die Argumente für Zustimmungen und Ablehnungen von Beschlüssen dargelegt.

Stattdessen findet Stv. Wolf die derzeitigen Protokolle übersichtlicher sowie besser und schneller zu lesen. Transparenz sei durch das trotzdem mitlaufende Tonband sowie die anwesende Presse gegeben.

Beschluss:

1. Der § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege, wird wie folgt geändert:

neu:

- (1) Über den Inhalt der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen ist ein Wortprotokoll zu fertigen.
Die Abstimmungsergebnisse sowie Ergebnisse von Wahlen sind festzuhalten. Jede Stadtverordnete und jeder Stadtverordnete kann verlangen, dass ihre bzw. seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Protokolle von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung dem/der Vorsitzenden zur Unterschrift vorzulegen.

bisher:

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie soll sich auf die Angabe der Anwesenden, der verhandelten Gegenstände, der gefassten Beschlüsse und der vollzogenen Wahlen beschränken. Die Abstimmungsergebnisse sowie Verlauf und Ergebnisse von Wahlen sind festzuhalten. Jede Stadtverordnete und jeder Stadtverordnete kann vor Beginn der Stimmabgabe verlangen, dass ihre bzw. seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Protokolle

von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung dem/der Vorsitzenden zur Unterschrift vorzulegen.

2. Der Antrag wird zur Beratung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen. Die abschließende Abstimmung erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 16, Nein: 18, Enthaltungen: ---

9. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Terminierung der Gremiensitzungen Vorlage: 2018/0141/SVV
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Stv.-V. Hamp gibt bekannt, dass der Antrag auf die Tagesordnung genommen wurde, obwohl dies die Zuständigkeit des Magistrates betrifft.

Der TOP müsste daher zurückgewiesen werden.

Er schlägt aber vor, dass nach der Sommerpause ein interfraktionelles Gespräch bezüglich der Terminierung von Sitzungen in 2019 stattfindet.

Stv. Heinz will die abgestimmte Tagesordnung behandelt haben, dazu gehört dieser TOP.

Nach einer kurzen Diskussion einigt man sich auf ein interfraktionelles Gespräch nach der Sommerpause und der Antrag wird zurückgezogen.

10. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Herr Bgm. Hepp trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:

1. Eschweger Stadtstiftung – Fördermaßnahmen

1.) Namensfries für die Ermordung von Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen aus dem ehemaligen Landkreis Eschwege in der Zeit des Nationalsozialismus - Schaffung eines Gedenkortes in Eschwege, an dem an die Opfer erinnert wird.

An der Wohn-Pflege-Einrichtung Stadthaus in Eschwege soll mit einem Namensfries an der Straßenseite des Gebäudes an die Menschen erinnert werden, die aufgrund ihrer Behinderung getötet wurden.

Mit einem zusätzlich anzubringenden QR-Code Schild, sollen die recherchierten Informationen zu den Schicksalen der deportierten und ermordeten Menschen nachzulesen sein.

Der Magistrat folgt der Empfehlung des Kuratoriums, dieses Kunstwerk der Erinnerung mit 2.000 € zu fördern.

2.) Antrag betr. Internationaler Workshop zum Thema „Europa in Bewegung (Europa bewegt sich – aber wohin?)“

Der Magistrat hat entschieden, dass die Stadtstiftung den Internationalen Workshop zum Thema „Europa bewegt sich – aber wohin?“ mit 700 € zu fördern.

Am Internationalen Workshop, der in der Zeit vom 14. - 18. Mai 2018 stattfand, nahmen jeweils fünf Schülerinnen und Schüler aus den Jahrgängen 9 und 10 der folgenden Schulen teil:
Eschwege: Anne-Frank-Schule, Friedrich-Wilhelm-Schule, Brüder-Grimm-Schule
Lycée Montchapet (Dijon) Siegfried-Vegesack-Schule (Regen), der Außenstelle der AFS in Wanfried sowie einer Schülerdelegation aus St. Mandé.

3.) Antrag betr. Vortrag innerhalb der Gedenkwoche „80 Jahre Novemberpogrom“

Innerhalb der Gedenkwoche „80 Jahre Novemberpogrom“, an dem sich u. a. die Volkshochschule Werra-Meißner, das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek beteiligen, übernimmt die Historische Gesellschaft des Werralandes die Organisation und Durchführung eines Vortrags. Dieser soll der bekannte Autor Niklas Frank halten, der schon einmal über die Verstrickung seines Vaters im NS-System in Eschwege referiert hat.

Das Kuratorium der Stadtstiftung empfiehlt einstimmig das Projekt zu fördern. Der Magistrat hat dies auch so gesehen.

4.) Antr. betr. Autorenlesungen an Schulen in der Region Eschwege und Lesung im Sophien- garten für Erwachsene am 19. und 20.06.2018

Antragsteller: Anne-Frank-Schule

Das Kuratorium der Stadtstiftung betrachtet das Projekt als wichtig. Es ist möglich, die Unterstützung durch die Stadtstiftung sicherzustellen, da nach der Stiftungsverfassung die Förderkriterien erfüllt sind. Das Kuratorium der Stadtstiftung empfiehlt einstimmig das Projekt zu fördern.

2. Neues zur Aufbauorganisation

Im Sinne einer modernen, bürgerfreundlichen und transparenten Verwaltung ist es Ziel, Hierarchien abzubauen und Kommunikationsprozesse einfacher und flexibler zu gestalten.

Daher ist es notwendig, die Aufbauorganisation, die Managementstruktur und die Kommunikationsstruktur der Stadtverwaltung Eschwege neu aufzustellen. Die Veränderungen sollen ab dem 1. Juli 2018 gelten. Flache Hierarchien und integriertes und interdisziplinäres Handeln sollen besser werden.

Der Wegfall einer Hierarchieebene (bisherige Fachdienstleitung) sowie die Umstrukturierung der Stabsstellen wird interdisziplinäre Abstimmungen zwischen den Organisationseinheiten in verstärktem Maße erfordern, zudem werden durch die organisatorischen Veränderungen Synergien erzielt und Schnittstellen in der bisherigen Aufgabenstruktur behoben. Insgesamt wird damit eine Beschleunigung der Entscheidungsprozesse erreicht.

Die Stadtverwaltung wird sich künftig in 7 Fachbereiche gliedern, die drei Geschäftsbereichen zugeordnet sind:

Fachbereiche:

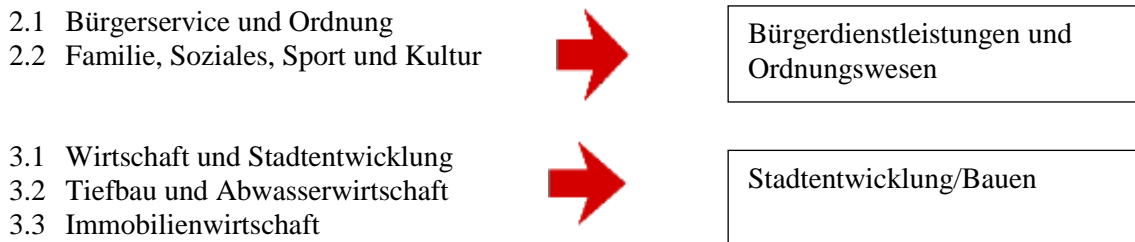
1.1 Organisation und Personal



Geschäftsbereiche:

Zentrale Dienste

1.2 Finanzen und Rechnungswesen



Jeder Fachbereich wird von zwei Führungskräften geführt, die eigenverantwortlich die ihnen zugewiesenen fachlichen Funktionsbereiche leiten, organisieren und sich gegenseitig vertreten (sog. Führungsstandem). Die Entscheidungskompetenzen liegen in den jeweiligen fachlichen Funktionsbereichen und sind klar definiert.

Durch die Abschaffung der Hierarchieform Mitarbeiter/Fachdienstleitung/Fachbereichsleitung/Bürgermeister erhalten die neu strukturierten Organisationseinheiten „Fachbereiche“ mehr Verantwortung sowie eine höhere Abstimmungs- und Koordinierungskompetenz mit dem Bürgermeister und auch mit den Fachbereichen untereinander. Hierzu wird der Kommunikationsprozess mit dem Bürgermeister und den Fachbereichen untereinander neu festgelegt.

Hierzu wurde in einer Hauptausschusssitzung Näheres berichtet.

3. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- | | |
|--|---------------------|
| • Herstellung von barrierefreien Überwegen im Stadt--
gebiet von den Senioren-Wohnheimes in die
Innenstadt | 174.788,39 € |
| • Erstellung eines Sitzpodestes am unteren Stad | 51.690,00 € |
| • Übertragung von weiteren Ingenieurleistungen für
die Baumaßnahme "Umgestaltung öffentlicher
Raum, Teilobjekt Verzahnung Werra-Stadt" | 64.150,13 € |
| • Hochwasserschutz für den Stadtteil Albungen,
restliche Leistungen des 3. BA, Herstellung eines
Damms und einer Hochwasserschutzwand | 497.417,18 € |
| • Eigenkontrollverordnung der Kanalisation;
TV-Inspektionsarbeiten in der Kernstadt | <u>28.997,44 €</u> |
| Gesamtsumme: | 817.043,14 € |

Stv. Gassmann gibt seine Bedenken zur neuen Struktur der Aufbauorganisation bekannt, insbesondere die neue Führungsspanne des Bürgermeisters von 1:14.

11. Anregungen

11.1 Verhalten bei Sitzungen

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Stv. Grüning regt an, dass jede/r Stadtverordnete sein Verhalten während der Sitzungen überprüfen möge, insbesondere wird eine sachliche Streitkultur und mehr Wertschätzung befürwortet.

11.2 Position des Magistratsberichtes auf der Tagesordnung

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Stv Montag regt an, zu prüfen, ob der Magistratsbericht wieder an den Anfang der Tagesordnung gestellt werden kann.

11.3 Sachstand über den Bereich Schwanenteich bis Felsenkeller

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Stv Montag regt an, einmal einen Sachstand über den Werraufwerweg im Bereich Schwanenteich bis Felsenkeller zu geben.

Bgm. Heppe berichtet, dass Ausschreibungen teilweise abgeschlossen sind.

11.4 Beteiligung der Stadt am Kletterwald

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3

Stv Montag regt an, zu prüfen, in welcher Form die Stadt am Kletterwald beteiligt ist, da dieser geschlossen sei.

Bgm. Heppe informiert, dass der Kletterwald aufgrund eines Sturmschadens renoviert wurde und aktuell ein neuer Betreiber gesucht wird.

11.5 Liste aller bisher gegebenen Anregungen

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Stv. John regt an, einmal eine Liste aller Anregungen zu erstellen, die bisher gegeben wurden.

Hierauf sagt Bgm. Heppe zu, dass eine entsprechende Liste erstellt wird, zumindest seit 2017.

Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 21:52 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 11.06.2018**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)